

VERHEERENDE FLUTEN- POLITISCH GEMACHT

EU-HANDELSPOLITIK VERLETZT RECHT
AUF NAHRUNG IN GHANA –
DIE BEISPIELE HÜHNCHEN UND TOMATEN



Impressum

Autor:
Armin Paasch

Redaktion:
Kerstin Lanje

Herausgeber:
Germanwatch e.V.
Büro Bonn
Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
D-53113 Bonn
Telefon +49 (0)228/60492-0, Fax -19

Büro Berlin:
Germanwatch e.V.
Voßstr. 1
D-10117 Berlin
Tel. +49 (0)30 / 288 8356-0, Fax -1

Internet: www.germanwatch.org
E-mail: info@germanwatch.org

Layout: Dietmar Putscher

Mai 2008

Bestellnr.: 08-1-02
ISBN 978-3-939846-31-4

Diese Publikation kann im Internet abgerufen werden unter:
www.germanwatch.org/handel/tomahuhn.htm

Diese Veröffentlichung wurde mit Unterstützung der Europäischen Union hergestellt.
Für den Inhalt ist allein der Herausgeber verantwortlich.
Der Inhalt kann in keiner Weise als Standpunkt der Europäischen Union angesehen werden.

INHALT:

Verheerende Fluten – politisch gemacht	4
Billiges Hühnerfleisch macht Hunger	6
Tomatenpaste überall	12
Strukturanpassung auf Kosten der Ärmsten	17
Verhängnisvolle Wirtschaftspartnerschaft	18



Proteste von Gewerkschaften, Bauern- und Nichtregierungsorganisationen gegen den Abschluss von Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit der EU in Accra, Ghana, September 2007.
Foto: Ulrich Döring

VERHEERENDE FLUTEN – POLITISCH GEMACHT

Europäische Handelspolitik verletzt Recht auf Nahrung in Ghana

Erschütternde Bilder gingen um die Welt, als 17 afrikanische Länder entlang der Sahelzone im vergangenen Herbst von heftigen Regenfällen und Überschwemmungen heimgesucht wurden. Betroffen war auch der Norden Ghanas, wo 18 Menschen in den Fluten umkamen und Tausende ihre Unterkünfte verloren.¹ Hilfsorganisationen sammelten umgehend Spenden, um den insgesamt rund 1,5 Millionen Flutopfern in Afrika schnelle Hilfe zu leisten. Unterstützung kam auch von der deutschen Bundesregierung. „Humanitäre Krisen als Folge von Naturkatastrophen und Konflikten verursachen großes Leid und bedrohen Existenzen“, erklärte Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier am 11. Oktober 2007. „Es gilt deshalb, zielgerichtet Soforthilfe für die Opfer zu leisten, aber auch mittel- und langfristig gegen die Ursachen vorzugehen.“²

Recht sprach der Minister. Rasche Nothilfe ist im Falle von Naturkatastrophen dringend geboten, um Hunger und Armut zu bekämpfen. Leider verstellen die dramatischen Fernsehbilder allerdings häufig den Blick auf die strukturellen Ursachen des Hungers. Dazu gehören in Ghana Fluten ganz anderer Art: Billige Geflügelteile aus Holland, Belgien, Frankreich, Deutschland und Brasilien, Tomatenpaste aus Italien und China³ sowie Reis aus den USA, Thailand und Vietnam⁴ überschwemmen dort die Märkte und berauben lokale Kleinbauernfamilien ihrer wichtigsten Einkommensquelle. Die Folgen sind häufig

Hunger und Armut. Genaue Opferzahlen sind mangels zuverlässiger Statistiken nicht erhältlich. Sicher ist nur, dass die Importfluten ausgerechnet diejenigen treffen, die ohnehin zu den Ärmsten in Ghana gehören. Nach der ghanaischen Erhebung zum Lebensstandard (Ghana Living Standard Survey - GLSS) von 1999 sind 59,4 Prozent der Landwirte des Nahrungspflanzenanbaus von Armut betroffen, weitaus mehr als der gesellschaftliche Durchschnitt. 70 Prozent der Nahrungsmittelproduzenten sind Frauen.

Ursachenbekämpfung würde bedeuten, die Bäuerinnen und Bauern zu unterstützen und zugleich die Märkte vor Billigimporten zu schützen. Leider geschieht genau



¹ N24 2007: Auch Westafrika ereilen Überschwemmungen. 17.9.07. <http://www.n24.de/politik/article.php?articleId=151226> (abgerufen: 11.1.08)

² Aktion Deutschland Hilft 2007: Steinmeier: „Es gilt, zielgerichtet Soforthilfe zu leisten“. Pressemitteilung 11.10.2007. http://www.aktion-deutschland-hilft.de/adh_artikel_14/presse_2/adh_111/2007_184/2007_10_11steinmeier_es_gilt_zielgerichtet_soforthilfe_zu_leisten_6381.php. (abgerufen: 11.1.08)

³ Bertow K. & Schultheis A. 2007: Impact of EU's agricultural Trade Policy on Smallholders in Africa. Germanwatch, Both Ends, FIAN & UK Food Group. Bonn 2007.

⁴ Paasch A. (ed.), Garbers F. & Hirsch T. 2007: Die Auswirkungen der Liberalisierung des Reismarkts auf das Recht auf Nahrung. Fallstudien aus Ghana, Honduras und Indonesien. Brot für die Welt (Hg.) in Zusammenarbeit mit FIAN und Globales Ökumenisches Aktionsbündnis: Stuttgart. <http://www.fian.de/fian/index.php?option=content&task=view&id=175&Itemid=211>. (abgerufen: 11.1.08)

das Gegenteil. Denn zur gleichen Zeit, zu der Steinmeier seine weisen Worte sprach, verhandelte die Kommission der Europäischen Union (EU) mit Ghana und 77 weiteren Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks (AKP) über so genannte Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (Economic Partnership Agreements – EPAs). Unter anderem verlangte die EU dabei, dass diese Länder in den nächsten Jahren ihre Märkte für etwa 80 Prozent der europäischen Einfuhren vollständig öffnen. „Partnerschaft“ und „Freihandel“ sind wohlklingende Worte, doch die Wirtschaftsleistung der EU übersteigt jene der AKP-Staaten um das 31-fache.⁵ Vielen industriellen und landwirtschaftlichen Betrieben droht das Aus, wenn sie der übermächtigen europäischen Konkurrenz schutzlos ausgeliefert werden.

Bis zum 31. Dezember 2007 sollten die EPAs mit allen Regionen unter Dach und Fach sein. Renitenten Staaten drohte die EU mit höherem Zollschutz und – kaum verhohlen – mit einer mittelfristigen Kürzung von Entwicklungsgeldern. Erstaunlicherweise hielten bis zum offiziellen Ablauf der Verhandlungsfrist 42 von 78 Ländern dem Druck der EU stand.⁶ Anders die Regierung in Accra, die am 13. Dezember letztlich einem so genannten Interimsabkommen über die gegenseitige Liberalisierung des Güterhandels zustimmte. Eine schlechte Nachricht für die ghanaischen Geflügel- und Tomatenbauern. Untersuchungen der Menschenrechtsorganisation FIAN und der ghanaischen Nichtregierungsorganisation SEND Foundation vom Frühjahr 2007 hatten gezeigt, dass ihr Menschenrecht auf Nahrung schon jetzt aufgrund der europäischen Billigimporte gefährdet und verletzt wird.⁷ Ihre Aussicht auf mehr Schutz der Märkte ist mit dem Abkommen nun drastisch geschwunden.



Eindringliche Zeichnungen verdeutlichen den Protest der Gewerkschaften, Bauern- und Nichtregierungsorganisationen.
Foto: Ulrich Döring

⁵ Oxfam International (Hg.) 2006: Unequal Partners: How EU-ACP Economic Partnership Agreements (EPAs) could harm the development prospects of many of the world's poorest countries. Oxfam Briefing Note: Oxford.
http://www.oxfam.org/en/files/bn0609_unequal_partners_epas/download. (abgerufen: 11.1.08)

⁶ European Commission 2007: Note on the state of play in the EPAs negotiations. 20.12.07.
http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2007/december/tradoc_137364.pdf. (abgerufen: 11.1.08)

⁷ Issah M. 2007: Right to Food of Tomato and Poultry Farmers. Report of an Investigative Mission to Ghana. FIAN, Send Foundation, Both Ends, Germanwatch & UK Food Group (Hg.): Heidelberg.



Billige Hühnchenimporte gefährden die Existenz der Geflügelzüchter. Foto: Armin Paasch

BILLIGES HÜHNERFLEISCH MACHT HUNGER

Marcus Akamenko lebt in der Gemeinde Ashaiman nahe der Hafenstadt Tema. Der 54-jährige Vater von drei Kindern und Großvater eines Enkelkinds lebt seit 1989 fast ausschließlich von der Geflügelhaltung. Durchschnittlich etwa 1.000 Hühner, darunter Legehennen und Schlachthühner, umfasst sein Bestand seither. Zur Fütterung der Tiere bestellt er zusätzlich sechs Morgen mit Mais. Der Verkauf der Eier, so Marcus, sicherte seiner Familie lange Zeit ein bescheidenes, aber regelmäßiges Einkommen. Die Schlachthühner verkaufte er an Marktfrauen, mitunter auch Restaurants und Privatleute. Die meisten Hühner wurde er immer um die Weihnachtszeit los, wenn sich viele Familien ausnahmsweise den Luxus eines saftigen Huhns gönnen. Auf die Einkünfte aus dem Verkauf der Schlachthühner war er angewiesen, um alljährlich neue Hühner anschaffen zu können.

Seit etwa fünf Jahren jedoch ist der Wurm drin. Seitdem, sagt Marcus, laufe das Geschäft mit den Schlachthühnern mehr schlecht als recht, im letzten Jahr sei es dann ganz zusammen gebrochen. „Der Hauptgrund sind die gefrorenen Hühnerteile aus Europa“, klagt er. „Die Leute zahlen hier nur noch einen Teil vom Preis und gehen wieder. Den Rest zahlen sie nicht mehr. Mit den Preisen der importierten Geflügelteile kann ich nicht mithalten.“ Das Schicksal von Marcus teilen in Ashaiman fast alle 180 Mitglieder der lokalen Niederlassung des Geflügelbauernverbands, allesamt kleine oder mittelgroße Betriebe. Aus der Produktion von Schlachthühnern haben sie sich zurückgezogen und verkaufen nur noch Eier.

In der Tat: Auf dem Markt in Ashaiman sind lebende Schlachthühner, wie sie früher allenthalben feilgeboten wurden, kaum mehr zu finden. Stattdessen werben die Marktfrauen mit gefrorenen Hühnchenteilen. Eine Studie, die im Auftrag der Welternährungsorganisation

FAO der Vereinten Nationen angefertigt wurde, bestätigt diese Beobachtung. Anfang der 1990er Jahre wurde noch der gesamte Konsum von Hühnerfleisch in Ghana aus der heimischen Produktion bestritten, bis die Einfuhren begannen und alsbald rasch anzogen. Regelrechte „Importfluten“, also extreme Steigerungen der Importe,



Auf dem Kaneshi-Markt in Accra werden importierte Geflügelteile entweder als Fastfood oder aufgetaut und notdürftig unter Glas geschützt billig angeboten. Foto: Francisco Mari



Der Verband der Hühnerhalter in Ashaiman beklagt hohe Verluste für die Bauern aufgrund europäischer Importe. Foto: Armin Paasch

registrierte die Studie in den Jahren 2001 bis 2003. Wurden 1998 nur 4.800 Tonnen Hühnerfleisch importiert, so waren es 2003 bereits 39.200.⁸

Die FAO-Analyse belegt, dass die heimischen Bauern gegen diese Konkurrenz chancenlos sind. Im Jahr 2004 wurde das importierte Hühnerfleisch in Ghana für umgerechnet 1,50 Euro pro Kilo verramscht, während das lokal produzierte Fleisch 2,60 Euro kostete. Und das, obwohl die europäischen Exporteure nicht einmal in den Genuss der berüchtigten Exportsubventionen kommen. Der Grund: Was auf den Märkten Westafrikas landet, sind die „Reste“ der in Europa allseits beliebten Hähnchenschenkel und Hühnerbrust. Diese Reste zu entsorgen, kostet die Schlachthöfe viel Geld (siehe auch Kasten Billigfleisch für Afrika). In den 1990er Jahren hatten sie eine zündende Idee, wie man sich dieses Problems elegant entledigen könnte: Man verramscht die gefrorenen Geflügelteile in Westafrika, und schon wird aus einem Kostenfaktor für die europäischen Unternehmen ein lukratives Geschäft.⁹

Ganz und gar nicht lukrativ ist der Deal hingegen für GeflügelproduzentInnen, Schlachthöfe und MaisproduzentInnen der Empfängerländer. Der Schaden der Importe sei aufgrund der schlechten Datenlage schwer zu ermessen, räumt die FAO ein. Allerdings gebe es Berichte, dass die gefallen Preise zu Einkommensverlusten und Einschränkungen der Produktion geführt hätten. Die Kapazitätsauslastung der Schlachthöfe habe 2003 nur bei 25 Prozent gelegen.¹⁰ Konkret bedeutet das den Verlust von Arbeitsplätzen, die Aufgabe von Betrieben und drastisch sinkende Einkünfte der Bauern. Einen Einbruch der Absätze beklagen auch große Betriebe. Für die mittleren und kleinen ProduzentInnen sind die Auswirkungen aber besonders gravierend.

„Unser Einkommen ist deutlich gesunken“, berichtet Marcus Akamenko. „Die Kinder leiden am meisten. Sie essen weniger, viel weniger. Häufig können sie nicht einmal zwei Mahlzeiten pro Tag einnehmen. Dann trinken wir mehr Wasser“, sagt er. „Die Mahlzeiten werden auch eintöniger, wir müssen die Zutaten verringern.“ Zwar ist in seiner Familie noch niemand an den Folgen des Hungers gestorben. Dennoch ist klar: Ihr Menschenrecht auf angemessene Ernährung, wie es im Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte verankert ist, können diese Menschen nicht wahrnehmen. Erfüllt ist dieses Menschenrecht laut UN-Interpretation erst dann, wenn ein Mensch „jederzeit physischen und wirtschaftlichen Zugang zu angemessener Nahrung oder den Mitteln zu ihrer Erlangung“ hat.¹¹ Eine oder zwei tägliche Mahlzeiten aus Maisbrei ohne Gemüse, Fisch oder Fleisch reichen für eine angemessene Ernährung keineswegs aus. Die mittelfristigen Auswirkungen einer solchen Mangelernährung auf die Gesundheit sowie die körperliche und geistige Entfaltung von Kindern sind katastrophal.

Marcus sieht einer ungewissen Zukunft entgegen: „Eigentlich müsste ich wieder einmal die Legehennen ersetzen. Doch das kostet Geld, und das habe ich nicht.“ Ein Teufelskreis: Wenn er keine neuen Hühner anschaffen kann, geht die Eierproduktion zurück, und das wiederum verringert die Einkünfte noch mehr. Auch Samuel Asuming-Brempong, Professor für Agrarwirtschaft an der Universität von Accra und Koordinator der Studie für die FAO, ist nicht allzu optimistisch. „Auf lange Sicht ist die Hühnerhaltung nur dann lukrativ, wenn man sowohl Eier als auch Schlachthühner verkaufen kann.“ Wenn die Importe gleich bleiben oder noch ansteigen, wird das aber nicht möglich sein.

⁸ Asuming-Brempong S. et al. 2006: Import Surge and their Effect on Developing Countries. Ghana Case Study. Rice, Poultry Meat and Tomato Paste. Unpublished.

⁹ Marí F. & Buntzel R. 2007: Das Globale Huhn. Hühnerbrust und Chicken Wings – Wer isst den Rest? Brandes & Apsel Verlag, Frankfurt a. M.

¹⁰ FAO 2006. Briefs on Import Surges. No. 5 Ghana: rice, poultry and tomato paste. Rom. <ftp://ftp.fao.org/docrep/fao/009/ah628e/ah628e00.pdf>. (abgerufen: 11.1.08)

¹¹ UN Committee on Economic, Social and Cultural Rights (CESCR) 1999: General Comment 12, The Right to adequate Food (Art. 11), Twentieth Session, 1999. <http://www.unhcr.ch/tbs/doc.nsf/0/3d02758c707031d58025677f003b73b9?OpenDocument>. (abgerufen: 11.1.08)

BILLIGFLEISCH FÜR AFRIKA

Dass europäisches Hühnerfleisch nach Afrika exportiert wird, ist zunächst verwunderlich, wenn man die für afrikanische Geldbörsen hohen Geflügelpreise in unseren Supermärkten betrachtet. Ganz ohne Exportsubventionen wird dieses Fleisch für etwa 70 Cent das Kilo nach Afrika verkauft. Alles Gammelfleisch? Mitnichten! Die Geflügelteile, die nach Afrika exportiert werden, haben in der Regel nichts mit unseren Gammelfleischskandalen zu tun. Das Fleisch stammt von denselben gesunden (oder auch ungesunden) Hühnern wie die Brustfiletstreifen in unseren Salaten. Allerdings handelt es sich um andere Körperteile, die der europäische Gaumen verschmäht.

Möglich sind die Billigexporte vor allem aufgrund eines immer selektiveren Konsums im Norden der Welt, der zur Überproduktion zwingt, da nicht alle Teile des Produktes diesen vermeintlich hohen Standard erfüllen. Industrie und Werbung fördern den „Genuss“ dieser Wellness- und Convenienceprodukte, weil sich mit ihnen bei den VerbraucherInnen höhere Preise durchsetzen lassen als z. B. mit einem „altbackenen“ halben Brathähnchen.

Natürlich werden auch in Europa noch Hähnchenflügel, Innereien oder Häse konsumiert, und der Preis ist wesentlich höher als in Afrika. Aber 60 Prozent unseres Geflügelfleischkonsums werden durch Hähnchenbrüste gedeckt, die aber nur 20 Prozent der Hühner ausmachen. Es werden also Millionen von Hühnern weltweit geschlachtet, um an den „Porsche“ des Hähnchenfleisches, das Brustfilet, zu kommen. Dieses kann von den Schlachtereien für fast fünf Euro das Kilo verkauft werden und kostet bis zu neun Euro pro Kilo im Supermarkt. Das restliche Fleisch wird zum so genannten „Kuppelprodukt“.

Es wird „mitproduziert“, weil es genetisch nicht anders geht. Dieser selektive Konsum führt in den USA und der EU zu riesigen Überschüssen.

Beim Großteil dieser „Hähnchenrochade“ wird wirklich subventioniert – denn die größten Mengen europäischen Geflügelfleisches werden nach Russland und in den Nahen Osten verkauft; und weil Brasilien und die USA dorthin billiger verkaufen können, gibt es zum Ausgleich Exporterstattungen von ca. 30 Cent pro Kilo, aber eben nicht für Exporte nach Afrika! Wieso also kommt das Fleisch so billig nach Afrika? Es sind buchstäblich die letzten Reste, die weder bei uns, noch im Export verkauft werden können. Sie bei uns zu verramschen, würde den Gesamtpreis drücken. Sie zu Hunde- und Katzenfutter zu verarbeiten, geht immer seltener, da europäische Tierbesitzer immer mehr „rotes“ Fleisch (Rind + Schwein) für ihre Haustiere verlangen. Bis zum Jahr 2000 gab es noch die Möglichkeit, die Reste zu Tiermehl zu verarbeiten. Dafür bekamen die Schlachthäuser auch noch ein wenig Geld. Seit der BSE-Krise ist es verboten, Tiermehl zu verfüttern – also wohin mit den Resten?

Ab nach Afrika! Besonders problematisch sind die Importmengen in Ghana seit 2001. Seither sind die Exporte von Hähnchenfleisch nach Westafrika noch einmal explodiert – von ca. 45.000 t auf 170.000 t in 2006. Es wird nun auch in neue Märkte exportiert (Liberia, Sierra Leone, Guinea, DR Kongo und Angola). Dort wird die Existenz von Kleinbauern bedroht oder ihnen nach Bürgerkriegen keine Chance zum Wiederaufbau einer eigenen Ökonomie gegeben.

Mehr Infos unter: www.eed.de/meatexport

FROZEN FOOD

in - STOCK

- FULL CHICKEN
- TURKEY WINGS
- BROILER THIGHS
- LAYER THIGHS
- CHICKEN WINGS
- SAUSAGE
- FISH
- BEEF





Die Importe von Tomatenpaste – vor allem aus Südeuropa und China – sind in den letzten Jahren drastisch angestiegen. Die Verkaufsstände mit Tomatendosen schießen auf den lokalen Märkten wie Pilze aus dem Boden. Foto: Ulrich Döring

TOMATENPASTE ÜBERALL

Ähnlich wie dem Geflügelzüchter Marcus Akamenko ergeht es den fünf- bis sechstausend EinwohnerInnen von Koluedor, dem „Tal der Schildkröten“.¹² Das Dorf liegt im East Dangme District, rund 30 Kilometer von der ghanaischen Hauptstadt Accra entfernt. Und so weit die Erinnerung der Menschen zurückreicht, leben sie vor allem vom Tomatenanbau. Einen Teil der Tomaten brauchen die Bauernfamilien für die eigene Essenszubereitung, den Großteil aber verkaufen sie an Zwischenhändler aus Accra, Kumasi, Tema, Ashaiman und mitunter sogar aus Lomé im Nachbarland Togo, die während der Ernte mit ihren Lastwagen anrücken. Das Problem: Während die Produktionskosten – für Dünger, Pestizide, Hilfskräfte und Maschinen – in den vergangenen Jahren immer weiter gestiegen sind, stagnieren die Preise und Verkaufsmengen für Tomaten, oft verzeichnen die Bauern auch Absatzeinbußen.

„Seit den 1990er Jahren haben wir Probleme bei der Vermarktung unserer Tomaten. Wir hatten immer mehr den Eindruck, dass die Marktfrauen uns über den Tisch ziehen“, erklärt John Hwago. „Deshalb haben wir 2004 einen Ausschuss gebildet, um gemeinsam die Preise mit ihnen auszuhandeln.“ John gehört zu den erfolgreicher Bauern und kommt einigermaßen gut über die Runden. Er besitzt einen eigenen Traktor und genügend Land. Wegen der garantierten Menge und Qualität seiner Tomaten kommen die Händler oft zuerst zu ihm und zahlen den besten Preis. Doch so erfolgreich wie John sind in Koluedor nur eine Handvoll Landwirte. Bei den ärmeren ProduzentInnen, wozu die große Mehrzahl gehört, klopfen die Händler erst später an. Sie erhalten Preise, die häufig weit unterhalb der gemeinsam ausgehandelten Summe liegen, und verkaufen weniger. „Letztes Jahr ist ein Teil meiner Tomaten auf dem Feld verrottet, weil ich sie nicht los wurde“, berichtet der Tomatenbauer Johannes Klopka.

Anders als die Geflügelbauern in Ashaiman leben diese Tomatenbauern in einem abgelegenen Dorf und können sich kein eigenes Bild von den städtischen Marktbedingungen machen. Ihre wachsenden Vermarktungsprobleme der letzten Jahre erklären sich viele von ihnen mit einem „clash of harvest“: In Jahren, wenn die Ernte in mehreren Regionen zeitlich zusammenfällt, steigt das Angebot, und die Preise sinken. Auch die gestiegenen Importe von Frischtomaten aus dem Nachbarland Burkina Faso machen den Bauern zusehends zu schaffen. Was die Farmer in Koluedor nicht sehen: Seit Ende der 1990er Jahre sind in Ghana die Importe von Tomatenpaste aus Italien, Spanien und anderen Ländern Südeuropas, aber auch aus China und den USA, explosionsartig angestiegen. Wurden laut FAO im Jahr 1998 etwa 3.300 Tonnen eingeführt, so waren es 2004 bereits 24.740 Tonnen. Das entspricht einem Anstieg von astronomischen 650 Prozent in nur wenigen Jahren. Nach Berechnungen des FAO ist der Marktanteil der heimischen Tomaten zeitgleich von 92 auf 57 Prozent gesunken.¹³

„Die Händler sagen, in Accra isst man keine Tomaten mehr“, erzählt Johannes. Die Aussage ist weniger absurd als sie klingt. Denn tatsächlich bevorzugen städtische KonsumentInnen immer häufiger die in Dosen konservierte Tomatenpaste aus dem Ausland gegenüber den heimischen Frischtomaten. Und so sprießen seit einigen Jahren auf dem Markt in Ashaiman die Verkaufsstände für Tomatendosen wie die Pilze aus dem Boden. Allein die Tomatenpaste aus China und Italien wird unter schätzungsweise 56 Marken auf dem Markt verkauft. Die VerkäuferInnen heimischer Frischtomaten bekommen die wachsende Konkurrenz hier deutlich zu spüren. „Vor fünf Jahren“, klagt eine Händlerin, „haben wir hier noch deutlich mehr frische Tomaten verkauft als heute“. Die Paste sei leichter zu kochen als die frischen Tomaten, und so

¹² Issah 2007, ebenda.

¹³ FAO 2006, ebenda.



seien in letzter Zeit immer mehr Ghanaer auf den Geschmack gekommen, erläutert sie.

Was hinzukommt: Die importierte Paste ist billig, vor allem wegen der Unterstützung durch die EU. Ein üppiges Budget von 300 Millionen Euro sieht sie jährlich für europäische TomatenproduzentInnen vor, was die Hälfte von deren Umsätzen ausmacht. Aufgrund erheblicher Produktionssteigerungen in Italien und Spanien wurde dieses Budget in den Jahren 2005/06 und 2006/07 mit 380 bzw. 369 Millionen sogar noch weit überzogen. 34,50 Euro erhält ein europäischer Landwirt in der Regel pro Tonne Tomaten. Und weil Europa damit international immer noch nicht konkurrenzfähig ist, legt die EU für den Export von einer Tonne verarbeiteter Tomaten zusätzlich noch 45 Euro drauf. Zum Beispiel erhielten europäische Exporteure von Tomatenprodukten im Jahr 2000 Exportsubventionen in Höhe von insgesamt 6,3 Millionen Euro.¹⁴ Die FAO vermutet in diesen Subventionen insbesondere für italienische Exporteure einen wichtigen Grund dafür, dass ghanaische Bauern nicht mehr wettbewerbsfähig sind.

Im Nachteil sind die Ghanaer ohnehin: Ein norditalienischer Tomatenproduzent bewirtschaftet im Schnitt eine Fläche von 16 bis 20 Hektar, während Johannes Klopka mit 1,5 Hektar auskommen muss. Hinzu kommt, dass er selbst diese Fläche nicht ganzjährig nutzen kann, denn die Bewässerung seiner Felder in der Trockenzeit kann er sich nicht leisten. „Wir haben drei Monate Regen. Den Rest des Jahres können wir praktisch nichts tun und haben fast kein Einkommen“, stellt er fest. Am schlimmsten seien die sechs Monate vor der Tomatenernte, also von Januar bis Juli. „Das sind die Monate, in denen wir unsere Mahlzeiten verknapfen müssen.“ David Anumabley, ein anderer Tomatenbauer, kann das bestätigen und fügt hinzu: „Selbst wenn wir es schaffen, dreimal pro Tag eine Mahlzeit einzunehmen, sind die Rationen sehr knapp

bemessen. Oft essen wir nur Gari, das wir aus Cassava herstellen.“ Auch in Koluedor sind die größten Leidtragenden ausgerechnet die Kinder, wie die Bauern übereinstimmend erklären.

So wie Johannes und David geht es den meisten Bauernfamilien in Koluedor. Ihr Menschenrecht auf Nahrung wird verletzt. Und nicht nur das. Auch für andere lebensnotwendige Güter wie Kleidung, Medizin und die hohen Schulgebühren, die auf Druck der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) eingeführt wurden, fehlt den Familien häufig das Geld. Und die Misere der Tomatenbauern beschränkt sich nicht auf Koluedor, sondern hat auch die umliegenden Orte und das Hauptanbaugebiet im Nordosten des Landes erfasst. Dort häufen sich in Zeitungen die Berichte über Selbstmordversuche überschuldeter Tomatenbauern. Wegen des verlorenen Marktzugangs sind diese Menschen nicht mehr in der Lage, ihre Produktionskosten und die Kosten des täglichen Bedarfs zu bestreiten. In ihrer Verzweiflung wissen manche offenbar keinen anderen Ausweg, als sich selbst mit Pestiziden zu vergiften.¹⁵



Hauptsächlich Frauen tragen die geernteten Tomaten nach Hause.
Foto: Ulrich Döring

¹⁴ Bunte F. & Roza P. 2007: Peeling tomato paste subsidies. The impact of a revision of the CMO for processing tomatoes on European horticulture. Den Haag. http://library.wur.nl/wasp/bestanden/LUWPUBRD_00352565_A502_001.pdf. (abgerufen: 11.1.2008)

¹⁵ Mari F. & Knottnerus R. 2007: The struggle of tomato farmers in Northern Ghana. ICCO und EED. Utrecht.

SKLAVEREI AUF ITALIENISCH (DER TOTE VON CERIGNOLA)

Ein Film von Thomas Giefer, Rena Giefer und Karl Hoffmann

Eine Exhumierung auf dem Friedhof der süditalienischen Kleinstadt Cerignola. Die Leiche wurde vor einer Weile auf einer Landstraße in der Umgebung aufgefunden, jetzt soll die Todesursache festgestellt werden. Als der Sarg aus der dunklen Grabkammer gezogen wird, kann man auf einem kleinen, auf den Deckel geschraubten Emailleschild den Namen des Toten lesen: Dariusz Olszewski.

Mit dieser Szene beginnt unsere Filmdokumentation über die Lebens- und Arbeitsbedingungen auf den Tomatenfeldern Süditaliens. Denn Darek, ein junger Pole, war einer von Tausenden illegalen Saisonarbeiter, die Jahr für Jahr während der Erntezeit in das „Sklavendreieck“ zwischen Cerignola, Candela und San Severo strömen und für das vage Versprechen eines schnellen Verdienstes häufig auf die grundlegendsten Arbeits- und Menschenrechte verzichten. Wo früher meist Flüchtlinge aus Afrika arbeiteten, werden seit der Ost-Erweiterung der EU vornehmlich Polen, Bulgaren oder Rumänen beschäftigt. Von dubiosen Arbeitsvermittlern in ihrer Heimat angeheuert, werden viele von ihnen in KZ-artigen Lagern zusammengepfercht, von Schäferhunden bewacht und von bewaffneten „Capos“ bis zum Umfallen angetrieben, geprügelt, bei Fluchtversuchen gejagt und, falls sie Widerstand leisten, auch getötet – so, wie es dem „Toten von Cerignola“ möglicherweise ergangen ist. Die versprochenen Stundenlöhne von 3 bis 5 Euro für das extrem anstrengende Pflücken erweisen sich bei der Auszahlung als reine Illusion. Der geforderte Akkord ist nicht zu schaffen, Abzüge für menschenunwürdige Behausungen, für den Transport zu den Plantagen und für Essen, das zu überhöhten Preisen bei den Bossen gekauft werden muss, reduzieren den Verdienst auf ein Minimum. Selbst das verseuchte Wasser in schmutzigen Plastikkanistern wird nicht selten berechnet.

Erst nachdem die ungeklärten Todesfälle noch durch eine lange Liste von spurlos Verschwundenen ergänzt wurde, griff eine

polnisch-italienische Spezialeinheit ein. Polizeirazzien auf den Feldern gehören heute zur täglichen Routine. Die ökonomischen Interessen im Hintergrund aber sind mächtig. Jede Menge Arbeitsplätze, Steuereinnahmen und sogar EU-Subventionen hängen von diesem System ab, das doch allen EU-Standards Hohn spricht und manchmal an die Zeiten der Sklaverei auf den Baumwollfeldern im amerikanischen Süden erinnert.

Als wir allerdings nach den tieferen Gründen dieser brutalen Ausbeutung fragen, bekommen wir erstaunliche Begründungen. Ohne Sklavenarbeit, so scheint es, könnten die apulischen Bauern und Tomatenverarbeiter kaum mehr der internationalen Konkurrenz standhalten. Denn seit einigen Jahren überschwemmt billiges chinesisches Tomatenmark den italienischen Markt, teils legal, teils illegal importiert. Auf diese „Gelbe Gefahr“ reagieren die italienischen Erzeuger nicht nur durch die beschriebenen sklavenähnlichen Arbeitsbedingungen, sondern auch durch aggressive Exporte in die Dritte Welt. So kommt es, dass der letzte Teil der Dokumentation uns nach Ghana führt, dem wichtigsten Exportland in Afrika. Dort werden durch die EU-subventionierten Dumpingpreise der italienischen Konkurrenz wiederum zahlreiche afrikanische Tomatenbauern in den Ruin getrieben. Von der Natur benachteiligt, ohne Kapital und ohne moderne Technologie sind sie die Schwächsten in der Kette. Das Ergebnis sind weitere Armutsflüchtlinge – Nachschub für die modernen Sklavenmärkte Europas. Die ungebremste Globalisierung setzt einen Teufelskreis in Gang – mit neuen Standards von wahrhaft „grenzenloser“ Ausbeutung.

Die Dokumentation „Sklaverei auf Italienisch“ wird voraussichtlich am 5. Juli bei ARTE zu sehen sein und im Herbst unter dem Titel „die story: Der Tote von Cerignola“ im WDR laufen.

Informationen und DVDs für den nichtkommerziellen Einsatz über: thomas.giefer@convoi-film.de

STRUKTURANPASSUNG AUF KOSTEN DER ÄRMSTEN

Europäische Billigexporte mit Hilfe von Subventionen oder als moderne Form der Abfallbeseitigung sind die eine Seite der Medaille. Die Importfluten in Ghana haben aber noch eine weitere entscheidende Ursache: einen offenen Markt. Denn auf Druck der Weltbank und des IWF öffnete Ghana – wie viele andere Länder des globalen Südens – seit Mitte der 1980er Jahre mehr und mehr die Pforten für ausländische Konkurrenten. 1992 wurden in Ghana die letzten Mengenbeschränkungen für Importe abgeschafft und ein niedriger Zollsatz von 20 Prozent auf landwirtschaftliche Importe eingeführt.¹⁶ Viel zu niedrig, wie sich bald herausstellen sollte. Sei es für Reis, Tomaten oder Geflügel: Die Importe wuchsen rasant und nahmen besonders von 1998 bis 2004 das Ausmaß von „Importfluten“ an.

Gegen die neue Konkurrenz sind die meisten Bauern in Ghana nicht gewappnet. Denn im Gegensatz zu ihren europäischen Kollegen beziehen die Tomatenbauern in Koluedor und die Geflügelbauern in Ashaiman weder Subventionen, noch haben sie die Möglichkeit, erschwingliche Kredite aufzunehmen. Denn die staatlichen Dienstleistungen für Landwirte in Form von Maschinen, Dünger, Pestiziden, Krediten, Vermarktungshilfen und festgelegten Preisen, die es früher in Ghana gegeben hatte, sind seit den 1980er Jahren gründlich zusammengestrichen worden. „Strukturanpassung“ hieß das Zauberwort für diesen Kahlschlag, mit dem die Regierung auf Druck des IWF den Staatshaushalt zu sanieren und Zahlungsfähigkeit gegenüber Gläubigern wiederherzustellen suchte.¹⁷

Auch die heimische Verarbeitungsindustrie für Tomatenpaste fiel der Strukturanpassung zum Opfer: Zwei von

drei Fabriken für Tomatendosen, die es in den 1970er Jahren in Ghana gegeben hatte, mussten in Folge der Privatisierung und aufgrund der Konkurrenz durch Importe ihre Tore schließen. Darunter auch die Fabrik in Nsawam bei Accra, die früher Tomaten aus Koluedor weiterverarbeitet hatte. Alle Versuche, die weiterverarbeitende Tomatenindustrie in Ghana wiederzubeleben, sind seither gescheitert. 2001 etwa nahmen der niederländische Konzern Unilever und das ghanaische Unternehmen United Link mit Unterstützung der deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) die Fabrik in Wenchhi wieder in Betrieb. Die Auslastung liegt derzeit aber nur bei etwa zehn Prozent. Die Schleuderpreise der importierten Paste zu unterbieten, ist für eine ghanaische Fabrik geradezu unmöglich. 2007 wurde mit staatlicher Unterstützung ein weiterer Versuch gestartet. In einer Fabrik in Pwalungu im Norden sollen nun Tomaten zu Paste weiterverarbeitet und dann in Tamale eingedost werden. Ob dieser Initiative mehr Erfolg beschieden sein wird, bleibt abzuwarten.¹⁸

Voraussetzung für eine Belebung der Landwirtschaft in Ghana wäre besserer Schutz vor Billigimporten. Wie sich 2003 gezeigt hat, stehen Zollerhebungen in Ghana bei IWF und Weltbank aber immer noch unter Strafe. Damals entschied Parlament und Regierung, den Schutzzoll auf Hühnchenimporte von 20 auf 40 Prozent und für Reis von 20 auf 25 Prozent anzuheben.¹⁹ Die Maßnahme war sehr moderat, wäre doch selbst nach den Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) in Ghana eine Zollerhöhung bis zu 99 Prozent erlaubt. Dennoch stieß sie bei den Regierungen des Nordens auf Widerstand: Am 12. Mai 2003, nur vier Tage nach Umsetzungsbeginn, wurden das Gesetz suspendiert und der Zoll wieder auf das alte Niveau gesenkt.

¹⁶ Asuming-Brempong 2006, ebenda.

¹⁷ Khor M. & Hormeku T. 2006: The impact of globalisation and liberalisation on agriculture and small farmers in developing countries: The experience of Ghana. TWN. Accra. http://www.twinside.org.sg/title2/par/Ghana_study_for_IFAD_project_FULL_PAPER_rev1apr06.doc. (Abgerufen: 11.1.08)

¹⁸ Mari F. & Knottnerus R. 2007, ebenda.

¹⁹ Paasch A. (ed.), Garbers F. & Hirsch T. 2007, ebenda.

Nicht zufällig hatte der IWF Ghana nur drei Tage zuvor – am 9. Mai – einen Dreijahreskredit über 258 Millionen US-Dollar zur Armutsbekämpfung bewilligt. Wie aus dem offiziellen Bericht des IWF über die Verhandlungen hervorgeht, „verpflichteten sich (die ghanaischen Behörden), diese Zollerhöhungen nicht während der Laufzeit der vorgeschlagenen Vereinbarungen umzusetzen.“²⁰ „Gute Regierungsführung“ bedeutete für den IWF in diesem Fall offenbar, dass die Regierung entgegen der Verfassung ein Gesetz des Parlaments kassierte, das zum Schutz des Rechts auf Nahrung ghanaischer Geflügel- und Reisbauern dringend geboten war.

Die Zölle auf Tomatenpaste waren 2003 in dem Gesetz nicht enthalten, das durch den IWF gekippt wurde. Erst vor kurzem wurde die Regierung aktiv, um den Billigimporten einen Riegel vorzuschieben. Im November 2007 verhängte sie überraschend einen vorläufigen Importstopp auf Tomatenpaste.²¹ Der Grund: Offenbar hatten Importeure in jüngerer Zeit häufig auf den Rechnungen niedrigere als die tatsächlichen Preise angegeben, um Steuern und Zölle zu sparen und auf diese Weise die Ware noch billiger in das Land einzuführen. Der Entschluss der Regierung wurde von den ghanaischen Bauernorganisationen begrüßt. Allerdings handelt es sich nur um eine vorübergehende Strafmaßnahme, die aufgrund des Agrarabkommens der WTO auf Dauer nicht haltbar ist. Zudem gibt es Berichte, dass der Importstopp von den Behörden sehr lax gehandhabt wird und die Bauern weiterhin mit billiger Tomatenpaste aus dem Ausland zu kämpfen haben.

VERHÄNGNISVOLLE WIRTSCHAFTSPARTNERSCHAFT

Was der IWF 2003 noch mit unlauteren Mitteln verhinderte, wird gegenüber der EU in Zukunft erst gar nicht mehr erlaubt sein. Denn nach dem EPA-Interimsabkommen, dem die Regierung Ghanas am 13. Dezember 2007 zustimmte, ist Ghana verpflichtet, die Zölle für über 80 Prozent der europäischen Importe bis zum Jahr 2023 auf Null zu senken, 70 Prozent der Zolllinien sogar schon bis 2018.²² Bisher ist noch unklar, ob Tomaten und Geflügel zu diesen 80 Prozent gehören oder ob sie als „sensible Produkte“ von der Zollsenkung ausgenommen werden dürfen. Doch selbst im letzteren Fall sind die Bauern damit noch nicht aus dem Schneider. Denn eine Klausel des Vertrags verbietet Ghana selbst für diese Produkte, den Zoll über das derzeit angewandte Niveau hinaus anzuheben.²³ Konkret heißt das: Während Ghana nach den Regeln der WTO bisher das Recht hatte, die Zölle auf Tomaten- oder Geflügelimporte von 20 auf 99 Prozent anzuheben, ist dies ab sofort für europäische Importe verboten. Damit verliert Ghana jeglichen handelspolitischen Spielraum, der zum Schutz des Rechts auf Nahrung der betroffenen Tomaten- und Geflügelbauern notwendig ist.

Das Abkommen ist nur unter erheblichem Druck zustande gekommen. Noch im Oktober hatte die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) geschlossen an die EU appelliert, die Verhandlungsfrist für ein EPA zu verlängern. Zu gegensätzlich waren die Positionen der EU und von ECOWAS, und selbst zwischen den westafrikanischen Ländern gibt es erhebliche Interessensunterschiede. Doch die EU blieb hart. In einem Schreiben vom 11. Oktober beharrten Handelskommissar Peter Mandel-

²⁰ IWF 2003: Country Report No. 03/133, Mai 2003, in: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2003/cr03133.pdf>. (Abgerufen: 11.1.08)

²¹ Marí F. & Knottnerus R. 2007, ebenda.

²² Trade Negotiations Insights 2008, Special Edition. Volume 6, number 8, December & January 2008. ICTSD und ecdpm. (Abgerufen: 26.1.08)

²³ Das Interimabkommen zwischen der EU und Ghana ist offiziell immer noch nicht zugänglich. Artikel 14 eines späten Entwurfs enthält aber eine „Standstill“-Klausel: „No new duty on imports shall be introduced on trade between the Parties and those currently applied on trade between the Parties shall not be increased as from the date of entry into force of this agreement.“ Diese Klausel ist nach zuverlässigen Berichten auch in der Endfassung enthalten.

son und Entwicklungskommissar Louis Michel auf einem Verhandlungsabschluss bis zum 31. Dezember 2007. Der Grund: Die Vorzugszölle, welche die EU den AKP-Ländern bislang einseitig gewährt hatte, verstoßen gegen das in der WTO geltende Prinzip der „Gegenseitigkeit“. ECOWAS hatte die EU daher gebeten, bei der WTO eine Verlängerung der bisherigen Ausnahmeregelung (Waiver) zu beantragen. Darauf jedoch wollte sich die EU nicht einlassen und drohte den ECOWAS-Staaten, ab dem 1. Januar 2008 die Zölle auf westafrikanische Importe anzuheben, falls sie nicht unterschreiben.²⁴



„Wir hoffen, dass die ECOWAS dem Druck der EU auch weiterhin standhalten wird“, erklärte Adam Nashiru, Vorsitzender der Nationalen Bauernvereinigung aus Ghana noch am 7. Dezember auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit FIAN und Germanwatch in Berlin.²⁵ Doch schon we-

nige Tage später wurde seine Hoffnung enttäuscht. Ähnlich wie bei den Verhandlungen mit dem IWF 2003 verließ die ghanaische Regierung auch bei den EPA-Verhandlungen recht schnell der Mut. Zusammen mit Côte d'Ivoire scherte Ghana aus dem gemeinsamen Lager der ECOWAS aus und stimmte am 13. Dezember einem Abkommen zu. Eine Entscheidung, die in der ghanaischen Presse harsche Kritik auslöste. „Die Regierung hat einfach die Forderungen der Europäischen Kommission akzeptiert, die sich als Gefahr für die ganze Entwicklung unserer Wirtschaft erwiesen haben.“ Ghana habe damit den Eindruck verstärkt, in Westafrika die Rolle des „trojanischen Pferds der EU“ zu spielen.²⁶

„Schon jetzt kämpfen wir mit Fluten von Billigimporten aus der EU. Ein EPA würde uns das Rückgrat brechen. Wir brauchen deutlich mehr Zollschutz statt Marktöffnung“, hatte Nashiru gewarnt. In der Tat: Das Menschenrecht auf Nahrung der Tomaten- und Geflügelbauern wurde in den vergangenen Jahren bereits massiv verletzt. Verantwortlich sind nicht zuletzt die EU mit ihren Dumpingexporten und der IWF durch den unlauteren Druck zur Strukturanpassung. Doch auch die ghanaische Regierung kann ihre Hände nicht in Unschuld waschen. Durch die Marktöffnung Anfang der 1990er Jahre und den massiven Abbau landwirtschaftlicher Dienstleistungen hat sie ihre Verpflichtung zum Schutz und zur Förderung des Rechts auf Nahrung klar vernachlässigt. Diese Verpflichtung haben die EU und Ghana mit neuen Interimsabkommen abermals ignoriert. Der dringend notwendige Schutz der Märkte gegenüber Billigimporten aus der EU und damit der Schutz des Rechts auf Nahrung der Bauern werden damit vertraglich verboten. Besonders bitter: Über einen Abbau der europäischen Exportsubventionen gibt es in dem Abkommen keinen Beschluss.

Bleibt zu hoffen, dass in den EPA-Verhandlungen noch nicht das letzte Wort gesprochen ist. Denn nimmt man es genau, steht das Abkommen bislang nur auf dem Papier. Damit es rechtskräftig ratifiziert wird, müssen zunächst die Parlamente in Ghana und in der EU grünes Licht geben. Dass dies geschieht, ist noch nicht ausgemacht.

²⁴ Brief der Europäischen Kommission an ECOWAS vom 11.10.2007 . http://www.epa2007.org/upload/_1016164044_001.pdf. (Abgerufen: 26.1.08)

²⁵ Germanwatch und FIAN Deutschland 2007: „Wirtschaftspartnerschaften bedrohen Recht auf Nahrung in Afrika“, Pressemitteilung vom 07.12.2007. <http://www.fian.de/fian/index.php?option=content&task=view&id=538&Itemid=79>. (Abgerufen: 26.1.08)

²⁶ Suleiman Mustapha 2008: Ghana's interim EPA agreement with the EU: A stepping stone into danger, for Ghana and fort he West Africa, in The Statesman, 11.1.2008. Accra. http://www.thestatesmanonline.com/pages/news_detail.php?newsid=5550§ion=2. (Abgerufen: 26.1.08)

GERMANWATCH

Germanwatch engagiert sich seit 1991 für Nord-Süd-Gerechtigkeit und eine zukunftsfähige globale Entwicklung. Die Themen sind Welthandel und Ernährung, Klimaschutz und Anpassung, Unternehmensverantwortung, Nachhaltigkeit im Finanzsektor sowie Entwicklungsfinanzierung. Im Fokus steht die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt der Arbeit. Ziel der Tätigkeiten ist es, eine starke Lobby für eine nachhaltige Entwicklung zu bilden. Dabei stellen der gezielte Dialog mit Politik und Wirtschaft, wissenschaftsbasierte Analysen, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen zentrale Elemente dar.



BOTH ENDS

Both ENDS hat seinen Sitz in Amsterdam in den Niederlanden und unterstützt seit 1986 die Arbeit von Umweltschutzgruppen in Entwicklungsländern und Zentral- und Osteuropa. Unterstützt werden Gruppen durch Informationen, Analysen, Interessenvertretung, Kampagnen, Netzwerkentwicklung und Kapazitätsverstärkung.

Der Kern der Arbeit von Both ENDS besteht aus dem Knüpfen von Verbindungen zwischen Nord und Süd, Umwelt und Entwicklung und den verschiedenen Akteuren in der Gesellschaft.

Both ENDS unterstützt als Vermittler und Mittelsmann Individuen und Organisationen, die sich für ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit einsetzen. Der Schwerpunkt liegt hierbei vor allem auf dem nachhaltigen Gebrauch von natürlichen Ressourcen und einer nachhaltigen Entwicklungs-, Außen und Wirtschaftspolitik in den Niederlanden und weltweit.



FIAN

FIAN (FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk) setzt sich als internationale Menschenrechtsorganisation dafür ein, dass alle Menschen frei von Hunger leben und sich in Würde ernähren können. FIAN tut das auf Basis internationaler Menschenrechtsabkommen, insbesondere des Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte. FIAN besitzt Beraterstatus bei der UNO und nimmt so Einfluss auf die Weiterentwicklung des internationalen Rechtssystems. In konkreten Fällen von Menschenrechtsverletzungen unterstützt FIAN die Betroffenen mittels internationaler Protestbriefaktionen, Kampagnen und langfristiger Fallarbeit durch lokale Gruppen. FIAN-Deutschland ist Teil von FIAN International mit Mitgliedern in 60 Staaten Afrikas, Amerikas, Asiens und Europas.



UK FOOD GROUP

Die UK Food Group besteht aus 35 Organisationen und vertritt die BOND (British Overseas NGOs in Development) in Bezug auf globale Ernährungs- und Landwirtschaftsthemen. Die UK Food Group fokussiert auf die Schlüsselbereiche Internationale Ernährungssicherheit und Agrarproduktion und die daraus resultierenden Umweltprobleme. Ziel ist es, ein neues weltweites Agrarsystem zu schaffen, welches gerecht und nachhaltig ist und den Interessen der Landwirte, Verbraucher und der Umwelt dient. Es soll insbesondere den Armen, Kleinbauern und Verwundbaren des Südens helfen.

